

Niederschrift

über die 31. Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft
am Donnerstag, **31.01.2013**, 17:10 Uhr - 21:20 Uhr,
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Sybille Benning , Heinz Georg Buddenbäumer , Ludger Janning , Dieter Maager , Stefan Roth ,
Walter von Göwels ,

von der SPD-Fraktion

Thomas Fastermann , Inge Jachmann , Mathias Kersting , Kurt Pölling , Maria Winkel ,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Helga Bennink , Heribert Klas bis 21.15 Uhr (Vertretung für Herrn Jörn Möltgen), Carsten Peters
, Reinhard Scholz ,

von der FDP-Fraktion

Bernd Mayweg , Jürgen Reuter ,

von der Fraktion DIE LINKE.

Ursula Münsterjohann (Vertretung für Herrn Rüdiger Sagel),

Sachkundige Einwohner/innen

Dr. Gerhard Bonn , Andreas Krys (Vertretung für Frau Renate Saltzmann-Stoll), Heinrich Möl-
lers , Uwe Raffloer , Deler Saber von 18.10 Uhr - 19.20 Uhr (Vertretung für Herrn Dr. Georgios
Tsakalidis), Franz-Josef Sauer , Christoph Thiel , Patrik Werner ,

von der Verwaltung

Reinhard Adams , Stephan Böhme , Jörg Krause , Dr. Helga Kreft-Kettermann , Christoph Kut-
tenkeuler , Andreas Leifken , Michael Milde , Christian Schowe , Hartwig Schultheiß , Michael
Tegtmeier , Siegfried Thielen , Birgit Wildt , Stephanie Willmann ,

für die Schriftführung

Andrea Ziese ,

Es fehlten:

Jörn Möltgen , Rüdiger Sagel , Renate Saltzmann-Stoll , Dr. Georgios Tsakalidis , Simone Wendland ,

Gäste:

zu TOP 5.1:

Herr Max Stroetmann, Firma Stroetmann

Herr Edgar Rietmann, Firma Stroetmann

Herr Jörg Preckel, PFEIFFER – ELLERMANN – PRECKEL GmbH

zu TOP 5.2:

Herr Griepenburg, strassen.nrw

Frau Hartwig, Firma iproplan

Herr Krumm, Firma iproplan

zu TOP 6.6:

Herr Prof. Dr. Otto Klemm, Vorsitzender des Klimabeirates

Herr Dr. Norbert Allnoch, Klimabeirat

Herr Nolten Kattentidt

Frau Lillian Harris, Klimabeirat

Ab 20.30 Uhr: Herr Bernd Grotefeld, BIMA

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die 31. Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft am 31.01.2013

Tagesordnung**Öffentliche Sitzung**

- 1. Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder**
- 2. Genehmigung der Tagesordnung**
 - 2.1. Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit der Vorlagenersteller/innen zur Berichterstattung erforderlich ist.
- 3. Mitteilungen der Verwaltung**
- 4. Anträge und Eingaben**
 - 4.1. Bekanntgabe
 - 4.2. Stellungnahmen

5. Tagesordnungspunkte mit Gastvortrag

- 5.1. Zwischenbericht zum Projekt Hafencenter
- 5.2. Planung Rastanlage Münsterland A1
Sachstandsbericht durch straßen.nrw

6. Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Wohnen, Wirtschaft

V/0843/2012
III

- 6.1. Städtebauliche Optimierung nördlich Stadthafen 1 (Grundstücke der Stadtwerke Münster GmbH) / Liegenschaftliches Konzept

V/0964/2012
III

- 6.2. Ergebnisse des stadtteilorientierten Demografiemonitorings Münster 2005-2010

V/0973/2012
V

- 6.3. Unterbringungskonzept für Flüchtlinge in Münster

V/0815/2012
V

- 6.4. Umweltdaten Münster 2010/11

V/0975/2012
I

- 6.5. Ordnungsbehördliche Verordnungen über das Offenhalten der Verkaufsstellen im Stadtbezirk Münster-Mitte, Altstadt/Bahnhofsviertel und im Stadtbezirk Münster-Hiltrup, Ortsteil Hiltrup, für das Kalenderjahr 2013

V/0951/2012
V

- 6.6. Beirat für Klimaschutz der Stadt Münster - Empfehlungsliste zum Thema "Anreizsysteme zu klimafreundlichem Handeln"

7. Stadtplanung

V/0889/2012
III

- 7.1. Erste Verlängerung der Veränderungssperre Nr. 103 für den Bereich des Bebauungsplans Nr. 535: Hansaring / Schillerstraße / Hafenweg / Dortmunder Straße

V/0872/2012
III

- 7.2. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 558: Von-Steuben-Straße / Berliner Platz / Bahnhofstraße - Beschluss zur Aufstellung -

8. Verkehr

V/0552/2012
III

- 8.1. Am Angelkamp - barrierefreier Ausbau der Haltestelle "Twenhövenweg" stadteinwärts (Maßnahme im Haltestellenprogramm 2013)

V/0806/2012
III

- 8.2. Warendorfer Straße - Einrichtung einer provisorischen Querungshilfe in Höhe der Einmündung Wilhelmshavenufer

9. Bauvorhaben

- 9.1. Abbruch eines Reihendhauses und Neubau, Lortzingstraße 13
- 9.2. Bauantrag Ludgeristraße 11 - 17
- 9.3. Bauvorhaben Osthofstraße / Dülmener Straße, Wohneinrichtung für Mehrfachbehinderte
- 9.4. Neubau eines Mehrfamilienhauses Arnheimweg 12
- 9.5. Bauvorhaben Hohenzollernring, Augenklinik, St.Franziskus-Hospital
- 9.6. Bauvorhaben "Türmchen", Prinz-Eugen-Straße
- 10. Verschiedenes**

Der Ausschussvorsitzende Herr Fastermann stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit des Gremiums fest, begrüßte die Anwesenden und eröffnete die Sitzung.

Punkt 1 der Tagesordnung

Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder

Herr Fastermann verpflichtete Herrn Andreas Krys als neues Mitglied im Ausschuss.

Punkt 2 der Tagesordnung

Genehmigung der Tagesordnung

Frau Benning beantragte für die CDU-Fraktion die Vorlage zu TOP 6.1 ohne Beschlussfassung zu schieben, sie aber dennoch im Ausschuss zu beraten. Es erhoben sich keine Gegenstimmen.

Herr Thielen zog für die Verwaltung den Tagesordnungspunkt 9.3 von der Tagesordnung zurück.

Herr Reuter beantragte für die FDP-Fraktion, den Tagesordnungspunkt 9.6 von der Tagesordnung abzusetzen, da die Maßnahme bereits ausführlich im Gestaltungsbeirat erörtert worden sei. Herr Fastermann entgegnete, dass nicht alle Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft gleichzeitig auch Mitglieder des Gestaltungsbeirates seien. Eine Beratung in dieser Ausschusssitzung sei daher angebracht.

Es wurde daraufhin einvernehmlich beschlossen, lediglich den Tagesordnungspunkt 9.3 nicht zu beraten.

Die so geänderte Tagesordnung wurde genehmigt.

| | |
|-----------------------------------|--|
| Punkt 2.1 der Tagesordnung | Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit der Vorlagenersteller/innen zur Berichterstattung erforderlich ist. |
|-----------------------------------|--|

Die Anwesenheit des Vorlagenerstellers war erforderlich für den Tagesordnungspunkt 6.1. Für die übrigen Tagesordnungspunkte wurde sie nicht erbeten.

| | |
|---------------------------------|------------------------------------|
| Punkt 3 der Tagesordnung | Mitteilungen der Verwaltung |
|---------------------------------|------------------------------------|

Es lagen den Ausschussmitgliedern drei schriftliche Mitteilungen zu folgenden Themen vor:

- Ergebnis der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 530: St. Mauritz – Schmittingheide / Eltropweg / Hegerskamp,
- Aktion „Geisterradler gefährden“ der Ordnungspartnerschaft Verkehrsunfallprävention im März / April 2013 in Münster,
- TaxiBus-Fahrten zur Agentur für Arbeit.

Mündlich berichtete Herr Schowe über

- die Zulassung der Revision für das Bauvorhaben der LVM-Versicherungen,
- den Rücktritt des Investors für den beabsichtigten Abriss und dem dann vorgesehenen Bauvorhaben „Schützenhofbunker“,
- das Vorgehen anlässlich des Verzichtes der ZEB auf die Projektrealisierung am Standort Steinfurter Straße / York-Ring. Hierzu werde die Verwaltung Vorlagen zur Aufhebung des Bebauungsplanes sowie zum weiteren städtebaulichen Vorgehen erstellen.
- die Ablehnung des beim Bund gestellten Förderantrages Velorouten, Radschnellwege.

Weiterhin wies Herr Schowe auf folgende Veranstaltungen hin:

- Nationaler Radverkehrskongress am 13.05.2013 in Münster,
- Informationsveranstaltung zum Ausbau des Dortmund-Ems-Kanals am 24.01.2013,
- Workshop York-Kaserne am 01.02.2013.

Herr Adams berichtete über die von der WALL AG beabsichtigte Nachtabschaltung der Stadtmöbel. In Abstimmung mit den Stadtwerken spreche sich die Verwaltung dafür aus, die Nachtabschaltung nur außerhalb der ÖPNV-Betriebszeiten, also an Werktagen zwischen 02.00 Uhr und 04.30 Uhr zu genehmigen. Dieses Vorgehen erhielt die einvernehmliche Zustimmung der Ausschussmitglieder.

| | |
|---------------------------------|-----------------------------|
| Punkt 4 der Tagesordnung | Anträge und Eingaben |
|---------------------------------|-----------------------------|

| | |
|-----------------------------------|--------------------|
| Punkt 4.1 der Tagesordnung | Bekanntgabe |
|-----------------------------------|--------------------|

Herr Fastermann gab den Antrag der SPD-Fraktion „Mehr Wohnraum statt York-Tower“ vom

31.01.2013 bekannt.

Weiterhin gab Herr Fastermann eine Anregung gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen der Bürgerinitiative Beckstraße vom 15.01.2013 zur Kenntnis. Zuständig im weiteren Verfahren sei der Rat der Stadt Münster.

Punkt 4.2 der Tagesordnung

Stellungnahmen

Es lagen keine Stellungnahmen vor.

Punkt 5 der Tagesordnung

Tagesordnungspunkte mit Gastvortrag

Punkt 5.1 der Tagesordnung

Zwischenbericht zum Projekt Hafencenter

Herr Stroetmann (Investor) stellte zunächst ausführlich den aktuellen Entwurf, vor allem auch im Vergleich zur ersten Planung aus dem Jahr 2010 vor. Er teilte mit, dass keine Bebauung zum Hafenweg vorgesehen sei, die Durchlässigkeit zum OSMO – Gelände gewährleistet werde und der Kraftfahrzeugverkehr mittig im Straßenraum in die Tiefgarage geführt werden solle. Eine Gefährdung der Fußgänger und Radfahrer sei dadurch nahezu ausgeschlossen. Weiterhin sei nicht die Schaffung von Studentenappartements sondern von Wohnungen für Familien für eine langfristige Vermietung vorgesehen.

Nachdem Herr Stroetmann, der verantwortliche Architekt Herr Preckel, Herr Schowe und Herr Krause Nachfragen vieler Ausschussmitglieder ausführlich beantwortet hatten, wurde der vorgestellte Entwurf zur Kenntnis genommen.

Punkt 5.2 der Tagesordnung

Planung

Rastanlage

Münsterland

A1

Sachstandsbericht durch strassen.nrw

Herr Griepenburg (strassen.nrw) wies zunächst auf das bereits gestiegene und voraussichtlich noch weiter steigende LKW-Aufkommen auf Autobahnen hin. Hieraus ergebe sich die Notwendigkeit, zusätzliche LKW-Parkflächen an Autobahnraststätten zu schaffen. Aufgrund einer Hochrechnung für den Bedarf sei ein Konzept für die Teilstrecke Köln – Bremen der A 1 erstellt worden. Herr Griepenburg teilte weiterhin mit, dass hierzu in Abstimmung mit der Verwaltung im Februar / März 2013 eine Bürgerinformation in Roxel vorgesehen sei

Frau Hartwich und Herr Beyer vom beauftragten Büro iproplan stellten daraufhin die Vorgehensweise und die Prüfkriterien der Standortfindung ausführlich anhand einer PowerPoint Präsentation vor. Unter Berücksichtigung der technischen und landschaftspflegerischen Betrachtung seien sie zu dem Ergebnis gekommen, dass für einen eventuellen Neubau die Standorte Sandrup auf der Westseite und Pluggerheide auf der Ostseite der A1 in Frage kommen könnten. Frau Hartwich führte weiter aus, dass im Anschluss an diese Untersuchung geprüft worden sei, ob ein Neubau an diesen Standorten oder ein Ausbau bereits bestehender Rastplätze wirtschaftlicher sei. Insgesamt habe die Untersuchung ergeben, dass der Ausbau der Rastplätze Münsterland – Ost und Münsterland – West zu bevorzugen sei.

Herr Griepenburg beantwortete im Anschluss Fragen einiger Ausschussmitglieder. Es wurde vor allem beanstandet, dass die Erweiterung der bestehenden Rastplätze eine erhebliche Beeinträchtigung der Lebensqualität für die Bewohnerinnen und Bewohner der anliegenden

Wohngebiete bedeute. Außerdem wurde bemängelt, dass privat geführte Autohöfe bei der Bedarfsberechnung nicht berücksichtigt worden seien. Herr Griepenburg erwiderte hierauf, dass dieses rechtlich nicht zulässig sei.

Abschließend erklärte er, dass die vorgesehene Bürgerinformation mit der Verwaltung abgestimmt werde und die Ausschussmitglieder dann vorab entsprechend informiert werden.

Herr Schultheiß sagte zu, dass die vorgestellten Charts ins Internet eingestellt würden.

| | |
|---------------------------------|--|
| Punkt 6 der Tagesordnung | Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Wohnen, Wirtschaft |
|---------------------------------|--|

| | |
|---|--|
| Punkt 6.1 der Tagesordnung V/0843/2012 | Städtebauliche Optimierung nördlich Stadthafen 1 (Grundstücke der Stadtwerke Münster GmbH) / Liegenschaftliches Konzept |
|---|--|

Herr Schowe erläuterte ausführlich die Vorlage.

Es lagen zwei Änderungsanträge vor:

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Der HA und Rat mögen beschließen:

Beschlussvorschlag:

1. – 5. entfällt!

Neu:

1. Die Grundstücke der Stadtwerke am nördlichen Hafenufer werden erst dann verkauft, wenn neues Planungsrecht besteht.
2. Zur Vorbereitung des Bebauungsplanes wird von der Stadt und den Stadtwerken ein städtebaulicher Wettbewerbausgelobt, der alle auf der Nordseite des Stadthafens 1 gelegenen Grundstücke der Stadtwerke umfasst.
3. Grundlage für den städtebaulichen Wettbewerb ist der Masterplan Stadthafen.

Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor:

Der ASSVW möge beschließen:

1. Der mit der Vorlage dargestellten Vorgehensweise zur städtebaulichen Optimierung des östlichen Teilbereichs nördlich des Stadthafen 1 wird zugestimmt.
2. Die direkte Vergabe **eines Erbbaurechts für das** Grundstückes Hafenweg 32 der Stadtwerke Münster GmbH an den Coppenrath-Verlag wird entsprechend des Ratsbeschlusses vom 28.03.2001 **nach Beschluss über die Ergebnisse**

des geplanten Wettbewerbs in den Gremien vorbereitet.

3. Der direkten Vergabe **eines Erbbaurechts für einen eines** Grundstücksbereiches Hafenweg 36 der Stadtwerke Münster GmbH gemäß der Begründung dieser Vorlage an den Erbbaurechtsnehmer Hafenweg 46/48 wird ~~zugestimmt~~ **in Aussicht gestellt** und soll gemeinsam mit der Stadtwerke Münster GmbH **nach Beschluss über die Ergebnisse des geplanten Wettbewerbs in den Gremien** entsprechend vorbereitet werden. Dabei wird die Verwaltung die im städtischen Eigentum stehenden Straßenflächen (heutige Zufahrt von der Schillerstraße zum Hafenweg) in diese Direktvergabe einbeziehen.
4. Der Neuordnung der städtischen Erschließungsflächen auf der Basis des „Masterplan Stadthäfen Münster“ wird zugestimmt.
5. Entsprechend der Beschlusspunkte 2. und 3. wird die Verwaltung beauftragt, gemeinsam mit der Stadtwerke Münster GmbH gesonderte Vergabevorlagen

Frau Benning hatte für die CDU-Fraktion bereits unter dem Tagesordnungspunkt 2 beantragt, die Vorlage ohne Beschlussfassung in den Hauptausschuss zu schieben, zuvor jedoch im Ausschuss zu beraten.

Herr Klas beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL die Vorlage ohne Debatte zu schieben.

Herr Fastermann ließ daraufhin abstimmen:

Mit Stimmen der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion und bei Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/GAL und der Fraktion DIE LINKE wurde die Beratung im Ausschuss zugelassen.

Herr Schowe teilte zunächst mit, dass die Verwaltung den Beschluss der Bezirksvertretung-Mitte mittragen könne. Diese hatte mehrheitlich den Änderungsantrag der SPD-Fraktion beschlossen.

Herr Schultheiß wies darauf hin, dass über den Wettbewerb Einfluss auf die Vergabe der Grundstücke genommen werden könne.

Herr Raffloer beantragte, dass die Vorlage dahingehend geändert werden solle, dass die Erstellung des Erschließungsstiches nicht zu je einem Drittel von den Eigentümern finanziert werden solle sondern nach der Geschossflächenzahl (siehe Seite 4, 3. Spiegelstrich der Vorlage). Er bat um Aufnahme dieses Hinweises ins Protokoll.

Es folgte eine kurze Diskussion über die Vor- und Nachteile der Durchführung von einem oder – wie von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragt - drei Wettbewerben.

Daraufhin wurde die Vorlage ohne Beschlussfassung geschoben.

Die Vorlage wurde dankend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat den Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:
I. Sachentscheidung:

1. Nach Entscheidung des Rates zu den Vorlagen 731/00, 731/00/E1 und 167/01, 167/01/E1 sind im Stadtgebiet entsprechend dem Bedarf Flüchtlingseinrichtungen zu errichten. Der Bedarf orientiert sich an den Zuzügen von Flüchtlingen und der Auslastung der vorhandenen Unterbringungskapazitäten.
2. Auf den dafür vorgesehenen Flächen in Roxel, Zum Schultenhof, und Wolbeck, Tönskamp, sollen nach dem bestehenden Konzept zur Integration und Unterbringung von Flüchtlingen jeweils eine Einrichtung für max. jeweils 50 Flüchtlinge errichtet werden. Beide Baumaßnahmen werden durch die Wohn- und Stadtbau GmbH hinsichtlich Grunderwerb, Errichtung und Mietkonditionen ausgeschrieben und bis zur schlüsselfertigen Übergabe betreut. Die Stadt Münster wird die von den Investoren errichteten Einrichtungen nach Fertigstellung anmieten. Die Wohn- und Stadtbau GmbH agiert diesbezüglich im Rahmen des Geschäftsbesorgungsvertrags.

II. Finanzielle Auswirkungen:
Kosten und Folgekosten:

Die Miet- und Betriebskosten – einschließlich der Kosten für die persönliche Betreuung der Flüchtlinge sowie die hausmeisterischen Tätigkeiten - der neuen Einrichtungen sind Gegenstand der konkreten Planung und der einzelnen Beschlüsse, die in der Folge von den zu beteiligenden parlamentarischen Gremien zu fassen sind. Die Verwaltung beabsichtigt die Einrichtung nicht selbst zu errichten, sondern wie in der Vergangenheit von Wohnungsbauträgern errichten zu lassen und anschließend anzumieten. Zu diesem Zweck sollen die Liegenschaften von den Wohnungsbauträgern erworben werden.

Mittelbereitstellung/Finanzierung

Investitionskosten fallen bei diesem Modell nicht an und sind deshalb weder im aktuellen Haushalt noch in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten.

Die Finanzierung der später entstehenden Miet- und Betriebskosten werden in einer gesonderten Vorlage dargestellt.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat den Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Die „Umweltdaten Münster“ in Anlage 1 werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, diese zukünftig im 2-jährlichen Turnus fortzuschreiben.
3. Die in den „Umweltdaten Münster“ in Anlage 1 formulierten und gegenüber der Vorlage V/0697/2010 aktualisierten und erweiterten Ziele werden als Grundlage für zukünftiges Verwaltungshandeln festgeschrieben.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass aus dem Beschluss unmittelbar keine Kosten resultieren. Etwaige spätere Kosten im Rahmen der Umsetzung von Maßnahmen sind noch nicht konkret bezifferbar. Anlage 1 enthält Hinweise auf spätere Kostenansätze.

Durch diese Vorlage wird keine Entscheidung über die Bereitstellung von Haushaltsermächtigungen getroffen. Hierüber ist vielmehr zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung für das jeweilige Haushaltsjahr unter Berücksichtigung der dann gegebenen Finanzlage zu entscheiden.

**Punkt 6.5 der Tagesordnung
V/0975/2012**

Ordnungsbehördliche Verordnungen über das Offenhalten der Verkaufsstellen im Stadtbezirk Münster-Mitte, Altstadt/Bahnhofsviertel und im Stadtbezirk Münster-Hiltrup, Ortsteil Hiltrup, für das Kalenderjahr 2013

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat den Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Die als **Anlage 1** und **Anlage 2** beigefügten ordnungsbehördlichen Verordnungen werden beschlossen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es entstehen keine Kosten und keine Folgekosten.

**Punkt 6.6 der Tagesordnung
V/0951/2012**

Beirat für Klimaschutz der Stadt Münster - Empfehlungsliste zum Thema "Anreizsysteme zu klimafreundlichem Handeln"

Herr Fastermann schlug vor, diesen Tagesordnungspunkt wegen der Anwesenheit der externen Gäste nach dem Tagesordnungspunkt 5.2 zu beraten.

Herr Prof. Dr. Klemm, Vorsitzender des Klimabeirates, stellte die Arbeit und die Aufgaben des Klimabeirates vor und bat daraufhin die politischen Vertreter, den Klimabeirat mehr als bisher bei politischen Entscheidungen zu beteiligen. Gegenüber der Verwaltung bemängelte er ebenfalls einen fehlenden Informationsfluss.

Herr Thiel, ebenfalls Mitglied im Klimabeirat, erinnerte daran, dass der Klimabeirat auf Wunsch der Politik eingesetzt worden sei und stellte die grundsätzliche Frage, ob die Arbeit des Klimabeirates noch gewünscht sei.

Herr Pölling für die SPD-Fraktion und Herr Klas für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL unterstützten ausdrücklich die Arbeit des Klimabeirates.

Frau Bennink appellierte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL an die Verwaltung, Hilfen zur Koordination zu geben. Frau Wildt, unter anderem zuständig für Klimaschutzaufgaben und Ansprechpartnerin des Klimabeirates in der Verwaltung, teilte auf Nachfrage von Herrn Fastermann mit, dass eine engere Zusammenarbeit mit den Ämtern erforderlich sei, um notwendige Informationen an den Klimabeirat weiterleiten zu können.

Herr Schowe wies ergänzend darauf hin, dass der Klimabeirat eine Einladung zur Mitwirkung am dialogorientierten Planungs- und Beteiligungsprozess zur Konversion der York-Kaserne erhalten habe.

Herr Fastermann ließ daraufhin über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat den - wie im Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen beschlossenen - geänderten Beschlussvorschlag zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Die Empfehlungsliste des Beirates für Klimaschutz der Stadt Münster zum Thema „Anreizsysteme zu klimafreundlichem Handeln“ wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Empfehlungen auf ihre Umsetzbarkeit im Rahmen der bestehenden Projekte und unter Wahrung des Bestrebens der Vermeidung der Haushaltssicherung zu prüfen, **sowie die jeweiligen Kosten, die bei der Umsetzung der Empfehlungen der Stadt Münster entstehen würden, zu ermitteln. Die Prüfergebnisse sollen vor der Sommerpause beraten werden.**

Punkt 7 der Tagesordnung**Stadtplanung****Punkt 7.1 der Tagesordnung
V/0889/2012****Erste Verlängerung der Veränderungssperre Nr. 103 für den Bereich des Bebauungsplans Nr. 535: Hansaring / Schillerstraße / Hafenweg / Dortmunder Straße**

Herr Schowe stellte klar, dass keine Bauvoranfrage für das Grundstück Hafenweg 17 / 19 vorliege. Absatz 2 der Begründung sei daher gegenstandslos.
Herr Fastermann ließ darauf hin über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss die Vorlage mit Stimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion und bei Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL sowie bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE mehrheitlich.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Die nachfolgende Satzung wird beschlossen:

Satzung

**der Stadt Münster zur 1. Verlängerung der Geltungsdauer
der Satzung über die Veränderungssperre Nr. 103
für den Bereich des Bebauungsplans Nr. 535:
Hansaring / Schillerstraße / Hafenweg / Dortmunder Straße**

Der Rat der Stadt Münster hat am _____ aufgrund der §§ 17 (1) Baugesetzbuch und 7 und 41 Gemeindeordnung NRW folgenden Beschluss gefasst:

Die Geltungsdauer der Satzung über die Veränderungssperre Nr. 103 für den Bereich des Bebauungsplans Nr. 535: Hansaring / Schillerstraße / Hafenweg / Dortmunder Straße wird um ein Jahr bis zum 18.02.2014 verlängert.

Die Veränderungssperre tritt außer Kraft, sobald und soweit für den Geltungsbereich der Satzung die Bauleitplanung rechtsverbindlich abgeschlossen ist.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es entstehen keine Kosten und keine Folgekosten

**Punkt 7.2 der Tagesordnung
V/0872/2012****Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 558:
Von-Steuben-Straße / Berliner Platz / Bahnhofstraße
- Beschluss zur Aufstellung -**

Es lagen zwei Änderungsanträge zu dieser Vorlage vor.

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL vom 29.01.2013:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung

1-2 wie Vorlage

3. Neu:

Für das Planungsverfahren gelten folgende Maßgaben:

3.1. Das Bauvorhaben soll sich in seiner Höhenentwicklung an der Umgebung orientieren. Es darf deshalb die Höhe des benachbarten „Conti“-Hauses nicht überschreiten.

3.2. Die Nachhaltigkeit der Wohnnutzung ist durch einen städtebaulichen Vertrag abzusichern. Die Eigentümer müssen sich insbesondere dazu verpflichten, der Stadt ein Vorkaufsrecht für das Grundstück und das Gebäude sowie für evtl. gebildetes Teileigentum einzuräumen.

Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 31.01.2013:

Der ASSVW möge beschließen:

I. 1.) und 2.): wie Vorlage

3.) 30 % der geplanten 156 Appartements sollen als öffentlich geförderter Wohnraum errichtet werden.

4.) Alle Appartements sollen so geplant und gebaut werden, dass sie barrierefrei sind.

Frau Bennink beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL gemäß § 58 Absatz 1 Satz 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen die Anhörung des Bürgers Herrn Thiele.

Es wurde keine Gegenrede erhoben.

Herr Thiele äußerte seine Besorgnis zum derzeitigen Planungsstand des Bauvorhabens. Zum einen stellte er die Frage, ob die Schaffung von Wohnraum wegen der bestehenden Lärmbelastigungen an diesem Standort sinnvoll sei. Zum anderen befürchtete er die Entstehung eines sozialen Brennpunktes, falls das Eigentum der einzelnen Wohneinheiten nicht in einer Hand bliebe.

Nach einer ausführlichen Diskussion über die Inhalte der Änderungsanträge ließ Herr Fastermann abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Herr Fastermann ließ zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL auf Wunsch der Fraktion punktweise abstimmen.

Der Punkt 3.1 wurde mit Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der Fraktion DIE LINKE und bei Gegenstimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion abgelehnt.

Der Punkt 3.2 wurde mit Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der Fraktion DIE LINKE und bei Gegenstimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion ebenfalls abgelehnt.

Danach ließ Herr Fastermann über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen. Dieser wurde mit Stimmen der SPD-Fraktion und 5 Stimmen der CDU-Fraktion, bei Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der FDP-Fraktion sowie bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE und einer Enthaltung der CDU-Fraktion angenommen.

Herr Fastermann ließ dann über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen. Dieser wurde mit Stimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion und bei Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der Fraktion DIE LINKE mehrheitlich geändert beschlossen.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

- 1.) Für den Bereich zwischen Von-Steuben-Straße / Berliner Platz / Bahnhofstraße ist gemäß § 2 (1) i.V. mit § 12 und § 13a BauGB ein vorhabenbezogener Bebauungsplan der Innenentwicklung aufzustellen, der zur Errichtung eines Hochhaus-Projektes die überbaubaren Grundstücksflächen, dessen städtebauliches Volumen und Nutzung sowie Verkehrsflächen festsetzt.

Innerhalb des Gebietes liegen die folgenden Grundstücke:

Gemarkung Münster, Flur 145, Flurstück 683, Teile der Flurstücke 564, 567

- 2.) Die Verwaltung wird beauftragt, eine frühzeitige Bürgeranhörung gemäß § 3 (1) BauGB durchzuführen.

3.) 30 % der geplanten 156 Appartements sollen als öffentlich geförderter Wohnraum errichtet werden.

4.) Alle Appartements sollen so geplant und gebaut werden, dass sie barrierefrei sind.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stadt Münster durch den Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans keine Kosten und keine Folgekosten entstehen.

Punkt 8 der Tagesordnung

Verkehr

Punkt 8.1 der Tagesordnung V/0552/2012

Am Angelkamp - barrierefreier Ausbau der Haltestelle "Twenhöfenweg" stadteinwärts (Maßnahme im Haltestellenprogramm 2013)

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wurde einstimmig beschlossen.

Beschluss:

I. Sachentscheidung:

Der Planung zum barrierefreien Ausbau der Haltestelle „Twenhövenweg“ stadteinwärts wird auf Grundlage des verkehrstechnischen Entwurfs vom Juni 2012 zugestimmt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

| Teilergebnisplan | | | | | |
|-------------------------|------------|---|-------------------------|---------------------|--------------------|
| | Nr. | Bezeichnung | Haush.- jahr | Betrag € | Bemerkungen |
| Produktgruppe | 1201 | Bereitstellung von Verkehrsflächen und -anlagen | | | |
| Zeile | 13 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 2013 | 87.000 | |
| Zeile | 02 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 2013 | 69.600 | Zuwendung ÖPNV G |
| Ergebnis | | | | 17.400 | |

Die Maßnahme kann aus der ÖPNV-Pauschale gem. § 11 II ÖPNVG refinanziert werden.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Maßnahmen unter dem Vorbehalt stehen, dass Fördermittel durch das Land bewilligt werden und die Ausgabemittel der Stadt durch den Rat im Rahmen der Haushaltsatzung 2013 bereit gestellt werden.

**Punkt 8.2 der Tagesordnung
V/0806/2012**

Warendorfer Straße - Einrichtung einer provisorischen Querungshilfe in Höhe der Einmündung Wilhelmshavenufer

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wurde einstimmig beschlossen.

Beschluss:

I. Sachentscheidung:

1. Der Planung zur Einrichtung einer provisorischen Querungshilfe auf der Warendorfer Straße in Höhe der Einmündung Wilhelmshavenufer wird auf der Grundlage des Lageplans von Dezember 2011 zugestimmt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

| Teilergebnisplan |
|-------------------------|
| |

| | Nr. | Bezeichnung | Haush.- jahr | Betrag € | Bemerkungen |
|---------------|------|---|-----------------|-------------|--|
| Produktgruppe | 1201 | Bereitstellung von Verkehrsflächen und -anlagen | | | |
| Zeile | 13 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 2013 | 22.000 | Ordnungspartnerschaft/ Beseitigung UHS |
| Insgesamt | | | | 22.000 | |

Punkt 9 der Tagesordnung Bauvorhaben

**Punkt 9.1 der Tagesordnung Abbruch eines Reihenhendhauses und Neubau,
Lortzingstraße 13**

Die Ausschussmitglieder wünschten vor einer Beschlussfassung zunächst die Zusendung der gemäß Empfehlung des Gestaltungsbeirates abgeänderten Unterlagen. Entsprechend geänderte Bauvorlagen lagen der Verwaltung zum Sitzungszeitpunkt noch nicht vor.

Punkt 9.2 der Tagesordnung Bauantrag Ludgeristraße 11 - 17

Der Ausschuss stimmt dem Bauvorhaben in Anlehnung an die Empfehlung des Gestaltungsbeirates einvernehmlich zu

**Punkt 9.3 der Tagesordnung Bauvorhaben Osthofstraße / Dülmener Straße,
Wohneinrichtung für Mehrfachbehinderte**

Der Tagesordnungspunkt war von der Verwaltung zurückgezogen worden.

Punkt 9.4 der Tagesordnung Neubau eines Mehrfamilienhauses Arnheimweg 12

Frau Willmann stellte das Bauvorhaben kurz vor und wies auf einige Änderungen im Grundriss des Erdgeschosses hin, die dem Bebauungsplan entsprächen. Dadurch bestehe nunmehr für das Bauvorhaben ein Genehmigungsanspruch, dem die Verwaltung stattgeben müsse. Die Ausschussmitglieder bedauerten diese Entwicklung einvernehmlich.

**Punkt 9.5 der Tagesordnung Bauvorhaben Hohenzollernring, Augenlinik,
St.Franziskus-Hospital**

Der Ausschuss stimmte den Empfehlungen des Gestaltungsbeirates ohne weitere Beratung einvernehmlich zu.

Punkt 9.6 der Tagesordnung

Bauvorhaben "Türmchen", Prinz-Eugen-Straße

Der Ausschuss stimmt den Empfehlungen des Gestaltungsbeirates einvernehmlich zu.

Punkt 10 der Tagesordnung

Verschiedenes

Es gab keine Wortmeldungen.

Ende des öffentlichen Sitzungsteils: 21.20 Uhr

Thomas Fastermann
Vorsitz

Andrea Ziese
Schriftführung